

FESTVORTRAG

Die Zukunft der freiheitlichen Demokratie angesichts des Verfalls vermeintlicher Gewissheiten

Aktuelle Aufgaben und Herausforderungen für die politische Bildung

Festvortrag von Professorin Dr. Ursula Münch anlässlich des 50. Geburtstages der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

24. Mai 2022, Haus des Landtags von Baden-Württemberg



© Landtag von Baden-Württemberg

Den zugegeben etwas umständlichen Titel für meinen heutigen Festvortrag hatten das Direktorenteam der Landeszentrale und ich bereits im Januar festgelegt. Das war mehrere Wochen vor dem 24. Februar. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine waren wir uns einig, dass ein „Verfall vermeintlicher Gewissheiten“ festzustellen ist. Seither wurde noch viel mehr ungewiss.

Es stimmt schon: Die Sorge um die freiheitliche Demokratie ist notwendigerweise ständige Begleiterin demokratischer Verhältnisse. Aber wir wissen auch: Bereits in früheren, weniger existenziellen Krisen als denen des Jahres 2022 schlich sich in die immer spannungsreiche Beziehung zwischen politischen Akteuren und Bürgerschaft eine größer werdende, sehr grundsätzliche Unzufriedenheit ein.



www.lpb-bw.de/50jahre

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Diese Unzufriedenheit hat viele Ursachen. Ich beschränke mich auf die Nennung von zweien: Die eine Ursache ist die unzureichende Rückkoppelung zwischen Repräsentanten und Wählerschaft, also die Wahrnehmung eines nennenswerten Teils der Bevölkerung, dass ihre Lebenslage und Interessen zu wenig berücksichtigt würden. Die zweite Ursache von Unzufriedenheit und Demokratieskepsis ist eine als eklatant empfundene Diskrepanz. Und zwar die Diskrepanz zwischen

- einerseits dem vorhandenen Wissen zum Beispiel über die Ursachen und Folgen der Klimakrise oder über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf unsere Sozialsysteme
- und andererseits der Entschlossenheit sowie der Fähigkeit der politisch Verantwortlichen, diese Probleme nicht nur wortreich zu benennen, sondern sie tatsächlich in den Griff zu bekommen.

Populisten und Extremisten nutzen diese tatsächliche oder gefühlte Diskrepanz für ihren erklärten Kampf gegen das sogenannte „Establishment“. Dabei verunglimpfen sie unser repräsentatives System als angeblich undemokratische „Mediatisierung des Volkes durch gewählte Repräsentanten und Eliten“, und sie werfen der gewaltenteilenden Demokratie vor, diese komme vor lauter Reflektieren und Debattieren nicht zur Entscheidung.

Wir wissen aus Erfahrung, dass diese Diagnose in weiten Teilen der Bevölkerung durchaus Zustimmung erntet. Und es ist ja auch nicht zu bestreiten: Die Angst vieler politisch Verantwortlichen vor der Wut und der Ablehnung der Bürgerschaft hat immer wieder zur Folge, dass gerade erst gefasste Entschlüsse sogleich wieder als revisionsbedürftig dastehen. Demokratische Politik im föderalen Rechtsstaat erscheint dann tatsächlich so als „ewiges Gespräch“; populistisch geschürte Vorurteile und Fehleinschätzungen werden so bestätigt.

Die widersprüchliche Mischung aus einer für Deutschland typischen Output-Orientierung bei gleichzeitigem Wunsch nach mehr Partizipation eignet sich demnach als perfekter Nährboden für Anfeindungen auch von Gegnern der rechtsstaatlichen Demokratie.

Manche wollen der Demokratiemüdigkeit durch eine weitere Demokratisierung vorbeugen. Aber hier ist durchaus Vorsicht angebracht: Gegen die populistische und cäsaristische Versuchung, also die Vorliebe für „starke Männer“, hilft ein Mehr an Partizipation eher nicht. Vielmehr ist zu befürchten, dass womöglich das verstärkt wird, was die Unzufriedenheit überhaupt erst auslöst.

Meines Erachtens ist es keine Schwarzmalerei, die folgende Prognose zu wagen: Die ohnehin spürbare Distanz zwischen der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung wird nicht kleiner, sondern größer werden. Dafür werden nicht zuletzt die Existenz- und Abstiegsängste derer sorgen, für die steigende Lebensmittelpreise und hohe Energie- und Wohnkosten viel mehr sind als zwar unerfreuliche, aber letztlich leicht verschmerzbar Zeitungsmeldungen.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen lieferte jüngst entsprechende Hinweise: Natürlich ist es erfreulich, dass die Parteien an den extremen Rändern geschwächt und nicht gestärkt wurden. Aber: Von ca. 13 Millionen Wahlberechtigten sind fast 5,7 Millionen zuhause geblieben. Meines Erachtens sollten wir uns von 45 Prozent Nichtwählern im gleichen Maße aufrütteln lassen wie von möglichen 20-Prozent-Erfolgen extremistischer Parteien. Schließlich zeigt diese Rate von 45 Prozent Nichtwählern, dass sich gerade diejenigen, die in den einfachen Lebensverhältnis-

sen zurechtkommen müssen, von keiner Partei und keinem Kandidaten repräsentiert gefühlt haben. Deren Sehnsucht nach Aufmerksamkeit wurde von keinem Luftballon, keinem Kugelschreiber mit Parteiwerbung und auch keiner Wahlsendung befriedigt.

Zweifelsohne: Auch in der Vergangenheit konnten die Parteien nie alle erreichen. Aber etwas hat sich eben doch verändert – und das kommt auch nicht mehr zurück: In der Vergangenheit waren, so der Hinweis meines Kollegen Elmar Wiesendahl, gerade die bundesdeutschen Volksparteien auf „ein Mehr und eine bessere Zukunft abonniert“, und eben „nicht auf die Verwaltung des Mangels und eine Politik der Zumutungen“.

Das heißt: Wir müssen uns darauf einstellen, dass angesichts der Klimakrise, der Pandemie und des Krieges sowie den damit verbundenen Ausgaben das alte Erfolgsrezept der Bundesrepublik, Konflikte mit Geld bzw. Transferleistungen zu befrieden, nicht mehr funktionieren wird. Natürlich hängt nicht alles am Geld. Aber eine Kombination erscheint mir als „ungut“: Ich meine die Kombination aus einer Unzufriedenheit mit der Problemlösungsfähigkeit der liberalen Demokratie sowie der Angst vor der Klimakrise und einer Eskalation des Krieges.

Diese problematische Kombination macht einen Teil der Bürgerschaft für die Botschaft empfänglich, dass die liberale Demokratie diesen großen Krisen gar nicht gewachsen sei. Das heißt: Unserem liberalen Demokratiemodell erwächst ein Widerpart, den wir sehr ernst nehmen sollten. Die sogenannten „illiberalen Demokratien“ wie etwa Ungarn treten nämlich nicht in offener Ablehnung gegen die rechtsstaatliche Demokratie an, sondern sie handeln unter dem Deckmantel einer geradezu unverschämt anmutenden Behauptung: Sie nehmen für sich selbst in Anspruch, auf dem Weg zur Umsetzung der „eigentlichen“ Demokratie zu sein. Sie denunzieren die liberale Demokratie als angebliche Herrschaft eines „oligarchischen Establishments“ und sie versuchen, unser pluralistisches System, das die Verwirklichung unterschiedlicher Lebensmodelle ermöglicht, als „moralisch verkommen“ abzuwerten.

Diese Beispiele sollen zeigen: Selbst wenn wir den perversen und völkerrechtswidrigen Versuch Putins und seiner Gefolgsleute ausblenden, brutale Skrupellosigkeit durch Geschichtsverfälschung zu legitimieren und vormoderne Lebensstile zur Norm erklären zu wollen, selbst wenn wir dies also ausblenden: An Indizien für die im Vortragstitel genannten „verfallenden Gewissheiten“ mangelt es auch so nicht.

Mit dem Stichwort „verfallende Gewissheiten“ spiele ich auf die Pfeiler an, auf denen sich unsere vielfach „eingebettete“ freiheitliche Demokratie gründet. Wird einer dieser Pfeiler unterspült, ändert das an der Stabilität des Gesamtsystems zunächst nichts. Aber: Nicht nur beim Klima gibt es sogenannte Kippunkte, also kritische Schwellenwerte, bei deren Überschreiten es zu teils unaufhaltsamen und unumkehrbaren Veränderungen kommt. Ich bin der Auffassung, dass es auch in der rechtsstaatlichen Demokratie solche Kippunkte gibt: Geraten mehrere davon ins Wanken, wird das gesamte System womöglich irreversibel destabilisiert.

Ein solcher Pfeiler ist die als vierte Gewalt funktionierende Medienordnung. Diese gerät dadurch unter Druck, dass die seriösen Medien von einem Teil unserer Bevölkerung als „Mainstream- oder Systemmedien“ oder – viel schlimmer – als „Lügenpresse“ abgewertet werden.

Das ist bekannt. Mich beunruhigt nicht nur diese fundamentalistisch anmutende Kritik, sondern noch etwas anderes: Womöglich führt die schiere Obszönität der völlig überzogenen Kritik an den etablierten Medien (öffentlich-rechtliche und Presse) und deren undifferenzierte Abwertung dazu, dass die Leitmedien im Versuch, sich in der derzeitigen Kriegslage „richtig“ zu positionieren, ins andere Extrem verfallen: Wo in früheren Krisen wie beispielsweise der Migrationskrise eher zu viel Nähe zwischen „Leitmedien“ und Regierenden geherrscht hat, will man derzeit womöglich besonders viel Distanz herausstellen. Distanz zwischen Medien und Politik ist nie verkehrt. Problematisch wäre es jedoch, wenn eine besonders kritische Haltung gegenüber den politisch Verantwortlichen womöglich weniger sachlich begründet ist, sondern vor allem der Abwehr des Vorwurfs dienen sollte, „Mainstream-Medium“ zu sein – wenn die journalistische Kommentierung des Regierungshandelns also vor allem den Zweck hätte, die eigene angefochtene Legitimität aufzupäppeln.

Ein weiterer Pfeiler ist der Stellenwert unserer Grundrechte: Während der Pandemie mussten wir einerseits lernen, dass die Botschaft der vielen Vorträge politischer Bildner über die großartige Verheißung unseres Grundrechtskatalogs und die Bedeutung von Freiheitsrechten recht schnell (natürlich nur vorübergehend) Makulatur sein kann.

Andererseits war mit Blick auf die Wertschätzung unserer Grundrechte in der Bürgerschaft ein Phänomen zu beobachten, das ebenfalls Anlass zum Nachfragen gibt. Ich meine nicht die in Form und Duktus natürlich ebenfalls irritierenden Proteste gegen die Beschränkungen, sondern ich meine das Gegenteil: Meines Erachtens sollte uns auch besorgen, dass die Zustimmung zur Politik einer Bundesregierung nie zuvor so groß war wie ausgerechnet in der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020. In einer Zeit, als wir Haus oder Wohnung nur noch mit einem „triftigen Grund“ verlassen durften, waren 75 Prozent der Befragten zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung.

Überhaupt boten die Hochzeiten der Pandemie in demokratietheoretischer Hinsicht viele neue Erkenntnisse – unter anderem über die Ursachen der allseits beklagten (angeblichen) Spaltung unserer Gesellschaft: Auf die Unvernunft der Gegner von Corona-Maßnahmen reagierten die Vernünftigen umgekehrt mit sehr hohen Konformitätserwartungen. Dass sie deren Adressaten nicht „zur Vernunft“ geschweige denn ins Impfbüro brachten, sondern eher auf die Straßen und in die digitalen Rückzugsräume, sei zumindest erwähnt. Wir reagieren in Deutschland – wohl auch wegen unserer doppelten Diktaturerfahrung – in ganz besonderer Weise auf Spaltungstendenzen. Ich zitiere den früheren Bundesverfassungsrichter Prof. Udo di Fabio: Ihm zufolge neigen Deutsche dazu, Spaltungstendenzen auch „durch stärker formulierte Konformitätserwartungen verhindern“ zu wollen – und erreichen genau das Gegenteil.

Ich komme zu einem weiteren Beispiel für den Verfall vermeintlicher Gewissheiten und nenne die Wissenschaftsskepsis in unserer angeblichen Wissensgesellschaft: Bekanntlich werden selbst unbestreitbare Fakten gerade auch von sogenannten Bildungsbürgerinnen und -bürgern unter Berufung auf „das Internet“ nicht als solche anerkannt. Forscher der Universität Konstanz (Prof. Sven Reichardt u. a.), die Gespräche mit den Teilnehmern von Corona-Protesten geführt haben, identifizierten bei diesen eine „selbstermächtigende Freude am Gegenwissen, an der Rolle des eigentlichen Experten“, die für die Protestierer ein zentraler Antrieb gewesen

sei. Die Konstanzer Kollegen verglichen die Motivation von Teilnehmern an „Hygiene-Demos“ mit der Haltung von Heimwerkern: Im Austausch mit Gleichgesinnten baue man sich alternative Wissens- und Wirklichkeitskonstrukte zusammen und präsentiere stolz das „Selbstgemachte“.

Hier gilt etwas Ähnliches wie für den Umgang mit der Kritik an den angeblichen „Mainstream“-Medien. Wir sollten uns nicht damit begnügen, uns über die Anhänger anthroposophischer Lebensformen lustig zu machen. Mit Blick auf die Debatte wäre es erforderlich zu analysieren, ob die Ablehnung wissenschaftlicher Expertise nicht auch mit Fehlentwicklungen im System Wissenschaft zu tun haben könnte: Zum Beispiel mit der gestiegenen Abhängigkeit von Forschern und Universitäten von sogenannten „Drittmitteln“ oder auch der Neigung von Politikerinnen und Politikern, schwierige Entscheidungen zu vermeiden und sich auf wissenschaftliche Expertise zu berufen.

Egal aus welcher Richtung, egal mit welcher Absicht: Technokratisch motivierte Versuche, Politik zu entpolitisieren und zu verwissenschaftlichen, machen sich ungewollt zum argumentativen Handlanger von Populisten und Extremisten: Sie teilen nämlich deren Skepsis gegenüber der Lösungskompetenz unserer gewaltenteilenden Demokratie. Diese Skepsis wird vor allem über die digitalen Kanäle gezielt geschürt.

Neben den genannten inhaltlichen Problemen sind wir zu allem Überfluss noch mit einem Phänomen konfrontiert, das in der Kommunikationswissenschaft als „demonstrativer Bullshit“ bezeichnet wird. Gemeint ist das Aufstellen von Behauptungen, ohne an der Wahrheitsfindung interessiert zu sein und ohne den Versuch zu unternehmen, die eigene wahrheitsindifferente Haltung zu verbergen. Dem „Bullshitter“ ist es gleichgültig, ob das Publikum merkt, dass ihm die Wahrheit egal ist bzw. er hat sogar die Absicht, sein Publikum über seine Wahrheitsindifferenz in Kenntnis zu setzen. „Demonstrativer Bullshit“ erfordert also nicht einmal Täuschungsabsicht – es braucht nur Follower.

Ein derartiges Verhalten widerspricht natürlich den Anstandsregeln – gerade denen einer freiheitlichen Demokratie. Schließlich ist die Orientierung an der Wahrheit ein entscheidender Faktor für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Eine demonstrative Gleichgültigkeit gegenüber der Wahrheitsfindung birgt zudem zersetzende Konsequenzen für demokratische Prozesse: Wenn viele Debatteilnehmer unwahrhaftig sprechen, dann wird das Ergebnis dieses Verhaltens zu einem akzeptierten Teil der Debatte und fügt der Demokratie erheblichen Schaden zu.

Es nicht so ernst mit der Wahrheit zu nehmen, ist kein auf britisches Spitzenpersonal beschränktes Phänomen einzelner „Spaßvögel“. Vielmehr müssen wir von einem grundsätzlichen Problem ausgehen, nämlich von der strukturellen Anfälligkeit offener Gesellschaften für gezielte Desinformation, die mittels digitaler Verbreitungswege ihre Adressaten ungefiltert erreicht.

Während in den Herkunftsstaaten der digitalen Trolle die Meinungs- und Informationsfreiheit durch die Machthaber und ihre Sicherheitsorgane rigoros und rücksichtslos beschnitten wird, sind pluralistische Systeme per se anfälliger für gezielte Propaganda- und Lügenkampagnen; sie setzen schließlich nicht auf Repression, sondern auf die Meinungs- und Pressefreiheit und damit auf die Urteilsfähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Wie kommen wir aus dieser Zuspitzungsspirale heraus? Was ist zu tun? Und welche Aufgaben hat die politische Bildung?

„Das Widerlegen von Schwachsinn erfordert eine Zehnerpotenz mehr Energie als dessen Produktion.“ Diese Diagnose eines italienischen Informatikers aus dem Jahr 2013, die auch als „Brandolinis Gesetz“ bekannt ist, war auf die (damaligen) Machtverhältnisse in den italienischen Medien gemünzt, passt aber leider auch auf einen im Zeitalter digitaler Kommunikation geführten Angriffskrieg. Aus Sicht der politischen Bildung ernüchert „Brandolinis Gesetz“ natürlich. Gleichzeitig lenkt es unseren Blick in die richtige Richtung. Die Aufgabe der politischen Bildung, die Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, sollte meines Erachtens nicht auf Faktenchecks, Informationsvermittlung und Medienerziehung reduziert werden. Die viel schwierigere, aber auch eher erfolgversprechende Aufgabe besteht zum einen darin, zu individueller Urteilskraft und gesellschaftlichem Selbstvertrauen zu befähigen. Eine weitere Aufgabe der politischen Bildung bezieht sich auf ihre Vermittlungsrolle zwischen Staat und Bevölkerung: Es geht also nicht nur darum, den Bürgerinnen und Bürgern die Sphäre der Politik zu vermitteln, sondern es sollte auch darum gehen, eine moderierte Plattform für den Austausch und den Streit zwischen Politik und Bürgerschaft zu bieten.

Wir spielen an dieser Stelle einen kurzen Film ein, den Auszug aus einem „Gespräch über politische Erziehung der Jugend“ aus dem Jahr 1960:

Sie hören und sehen Dieter Franck im Interview mit dem Politikwissenschaftler Professor Arnold Bergstraesser, dem Gründer des heutigen Studienhauses Wiesneck, und dem Pädagogen Dr. Felix Messerschmid, meinem Vorgänger im Amt des Direktors der Akademie für Politische Bildung (von 1958 bis 1970). Der Ausschnitt stammt aus dem Archiv des Südwestrundfunks, bei dem wir uns dafür herzlich bedanken.

www.ardmediathek.de/video/swr-retro-abendschau/gespraech-ueber-politische-erziehung-der-jugend/swrfernsehen-de/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvbzExOTgwNTI

Ein Hinweis aus diesem Gespräch zwischen Professor Bergstraesser und Dr. Messerschmid erscheint mir auch für die Gegenwart relevant: Die Jugend muss mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Das ist die zentrale Aufgabe von Politik – vor allem, aber eben nicht nur mit Blick auf die Klimakrise. Der damalige Appell an die politischen Bildner, diese hätten sowohl für die „nötige Unterrichtung“ als auch für die „Erweckung der Freude an der freien Ordnung“ zu sorgen, hatte natürlich einen anderen Hintergrund. Aber ganz so aus der Zeit gefallen, wie das Filmdokument zunächst vermuten lässt, ist der Hinweis nicht.

Auch wir stehen vor der Aufgabe, Freude an der „freien Ordnung“ zu wecken. Vor allem aber stehen wir in der Pflicht, gerade denjenigen, die noch viele Jahrzehnte Leben vor sich haben, zu beweisen, dass Institutionen und Personen in unserer freiheitlichen Demokratie in der Lage sind, auf die großen Krisen unserer Zeit und deren schnelle Abfolge schnell und angemessen zu reagieren. Und zwar nicht mit den Instrumenten der Illiberalen und der Autokraten, sondern mit den Mitteln der rechtsstaatlichen Demokratie.

Ein Patentrezept wie das gelingen kann, habe ich Ihnen nicht zu bieten. Ich beschränke mich auf sechs Empfehlungen.

1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt allein ist kein Wert an sich. Erstens, weil in der freiheitlichen Demokratie nur eine spezifische Konzeption von Zusammenhalt erstrebenswert sein sollte – nämlich der an Freiheit und Gleichheit gebundene. Zweitens, weil – um mit Ralf Dahrendorf zu sprechen – Konflikt eben auch Freiheit ist.
2. Niemand verlangt von uns, dass wir jede Ausprägung moderner Gesellschaften enthusiastisch begrüßen. Aber ich darf von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern sehr wohl erwarten, dass sie einen Satz von Hannah Arendt verstehen und auch umzusetzen in der Lage sind: Es gibt so etwas, „wie ein Recht, Rechte zu haben“ (zitiert aus: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft).
Es liegt meines Erachtens nahe, den in zwei Jahren anstehenden 75. Geburtstag der Bundesrepublik und unseres Grundgesetzes zum Anlass zu nehmen, die Grundrechte auch in der politischen Bildung noch stärker in den Blick zu nehmen. Gute Beispiele dafür gibt es: gerade auch die Gesprächsreihe „WERTSACHEN“ des Landtags Baden-Württemberg mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
3. Anstatt nach immer neuen Verfahren der Bürgerbeteiligung zu suchen, wäre es meines Erachtens sinnvoller, die bewährten sogenannten „intermediären Organisationen“, also z. B. Parteien und Verbände, wieder mit Leben zu füllen – und sie anziehend zu gestalten. Nicht alle Unzufriedenen und Protestierer sind Fundamentalisten und Ideologen. Viele wollen vor allem stärker wahrgenommen werden – von „denen da oben“. Dass dies zu den Kernaufgaben der intermediären Organisationen gehört, scheint mir zu sehr in Vergessenheit geraten zu sein. Daran zu erinnern ist nicht nur die Aufgabe der Intermediären selbst, sondern auch der politischen Bildung.
4. Die bisherig erfolgreichen digitalen Plattformen dienen vor allem dem „viralen“ Marketing, sie sind also auf Klickzahlen und Verweildauer angelegt („traffic“). Für die politische Willensbildung gelten jedoch völlig andere Regeln. Wir müssen aber überlegen und entscheiden, ob es nicht doch möglich wäre, einen öffentlichen digitalen Raum zu schaffen, der faire Zugangs- und Nutzungsbedingungen bietet und einen moderierten öffentlichen Diskurs erlaubt.
5. Die allgegenwärtige Debatte über die Lieferung „schwerer Waffen“ an die Ukraine zeigt, dass wir auch diesen Konflikt zu einem Wertekonflikt moralisch aufgeladen haben: Es geht um „alles oder nichts“, um „Schwarz oder Weiß“. Solche vermeintlich unteilbaren Wertekonflikte müssen von der Politik in teilbare politische Konflikte überführt werden – über diese kann verhandelt werden, diese können abgearbeitet werden. Das ist Aufgabe der Politik – aber die politische Bildung kann dabei eine wichtige begleitende Rolle spielen, vor allem indem sie die zeitgeschichtlichen und die aktuellen Handlungsspielräume der Politik analysiert und kontextualisiert.
6. So wichtig die erwähnte attraktive moderierte digitale Plattform sein mag. Etwas kann und sollte sie nicht ersetzen: Den persönlichen moderierten Austausch im Analogen. Meines Erachtens liegt hier die Kernaufgabe der politischen Bildung:
 - Themen und Konflikte aufgreifen,
 - den Streit organisieren und kanalisieren,
 - eine moderierte Plattform für den Austausch und den Streit von Politikern und Bürgern zu bieten,

- und dies mit dem zu verbinden, was die politische Bildung natürlich weiterhin ausmachen wird: die „inhaltliche Unterrichtung“ (Dr. Felix Messerschmid) über die Regeln, die Prozesse, die Institutionen sowie die Inhalte der Politik.

Ich gratuliere der Landeszentrale für politische Bildung nicht nur zu ihrem 50. Geburtstag, sondern auch dafür, dass die politischen Bildner in den anderen Ländern der Republik mit Respekt, aber durchaus auch neidvoll auf Ihre Arbeit schauen.

Und ich erlaube mir die Bitte: Machen Sie weiter so!



Professorin Dr. Ursula Münch ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See.